

Weiter steht die Frage des Verkehrs über Leipzig im Vordergrund des Interesses. An großen Plänen fehlt es nicht, aber sicher an Geld und an der Gewißheit, daß der Zweck schließlich erreicht wird. Soviel steht fest, daß die Leipziger Zwischenspesen unerträglich geworden sind. Wird doch kürzlich noch Anteil an den Beheizungskosten der Lager den Kommittenten in Rechnung gestellt. Die Teuerung in Leipzig hat bereits eine sehr erhebliche Umstellung des Bezugs zur Folge gehabt. Der direkte Bezug ist vorherrschend, desgleichen die Zahlung durch Postcheck gegenüber dem früheren Bezug über Leipzig und der üblichen Barfaktur. An dieser Zurücksetzung des Leipziger Platzes haben natürlich die hohen Fracht- und Rollgelder, die Langsamkeit und verminderte Zuverlässigkeit auf der einen Seite, andererseits die bequeme und billige Postcheckregulierung, die Verringerung des Verlustrisikos bei dem direkten als dem kürzesten Wege mit Anteil. Hoffentlich gelingt es, eine Verkehrs- und Abrechnungsart zu finden, die eine rationelle Arbeitsausnutzung zum Vorteil der Kommittenten ermöglicht.

Wohl alle Betriebe haben sich im verflossenen Jahre mit der Regelung der Gehaltsfrage befassen müssen. Grundförsächlich muß angestrebt werden, daß uns die Heranbildung eines gebildeten und tüchtigen Nachwuchses durch ausreichende Gehälter auch im Sortiment möglich ist, und daß unsere Angestellten nicht schlechter bezahlt werden als die anderer Berufe. Dringend notwendig ist aber andererseits Anschluß sowohl an örtliche Arbeitgeber-Verbände, wie an unseren Arbeitgeber-Verband in Leipzig, der — wie ich hier gern und mit Dank anerkenne — durch Rat und wertvolle Mitteilungen seinen Mitgliedern zur Seite steht. Leider maßen sich noch viele Demobilisierungskommissare Befugnisse an, die ihnen nicht zustehen, indem sie einseitig diktatorisch vorgehen. Gegen diese unerhörte Rechtsverletzung und Erschwerung des freien Vertragsschlusses muß endlich einmal vorgegangen werden. Es ist Zeit, daß wir den Behörden deutlich zu verstehen geben, daß wir nicht nur zur Erpressung stets neuer Steuern da sind, sondern daß auch wir als Staatsbürger unsere Rechte verlangen.

Genossenschaftliches Zusammenarbeiten der Sortimenter hat sich vielfach im Zeitschriftenbezug angebahnt. Auf die Erfahrungen und positiven Ergebnisse darf man gespannt sein.

Erhebliche Schädigungen werden dem Sortiment in Universitätsstädten durch ungebührliche Ausnutzung des § 26 seitens der Autoren zugefügt. Vereine, Schulen, Behörden versuchen leider mit Erfolg immer mehr den direkten Bezug. Diese sich mehrenden Auswüchse dürften zu einem Schutzverband der Universitäts- und Großstadt-Sortimenter sowohl gegenüber dem Verlag, wie gegenüber den Vertretern der Wissenschaft führen. Nur Zusammenarbeit kann die Erfüllung der dem deutschen Buchhandel zustehenden Aufgaben ermöglichen, nicht das zurzeit leider bestehende kurzfristige Gegeneinanderarbeiten. Von einer Rücksichtnahme auf die Notlage der Studierenden durch Preisabbau kann meines Erachtens keine Rede sein, solange derartige Schädigungen des Sortiments nicht ebenfalls eingestellt werden. Es zeugt von großer Naivität eines Verlags, wenn er dem Sortiment zumutet, Partiebezüge auf sein Risiko zu machen, die schließlich knappe 25% Brutto-Verdienst ergeben. Nur damit der Sortimenter in der Lage ist, zu Vorzugspreisen, die der Verlag möglichst verhindern statt fördern sollte, an die Studenten zu liefern.

Gerade zu Beginn dieses Semesters machen sich die direkten Bezüge der studentischen Verbände vom Verlag zum Buchhändler-Netto-Preis sehr schädigend bemerkbar.

Die Durchführung des Luxussteuergesetzes macht den Firmen, die sich mit Kunsthandel und dem Verkauf von Original-Graphik befassen, viel Schererei. Das von Anbeginn an den Stempel der Unfertigkeit tragende Gesetz hat eine weitere Verschlechterung zumungunsten des Handels dadurch erfahren, daß Originalwerke beim Künstler steuerfrei sind, beim Einkauf durch den Handel aber versteuert werden müssen.

Eine neue Erscheinung war die Veranstaltung einer sogenannten Bugra-Messe, die im vorigen Herbst zum ersten-

mal in der Peetersstraße in Leipzig gelegentlich der allgemeinen Herbstmesse stattfand und zur Frühjahrsmesse wiederholt wurde. Die Umsätze bei beiden Messen waren bedeutend. Sogenannte Buchhändler zeigten sich auf der eigentlichen Bugramesse wenig. Diese decken ihren Bedarf an den Buchhändler-Ständen der übrigen Messehäuser. Schon zur Ostermesse war jedoch ein Rückgang zu verzeichnen, und zur letzten Herbstmesse wird von sehr schlechten Geschäften berichtet. Die Frankfurter Messe zeigte neben der Verkaufsmesse auch eine Schaumesse für Nichtbuchhändler. Das Publikum beeinträchtigte jedoch sehr die Abwicklung der Geschäfte, und es dürfte sich empfehlen, in Zukunft besondere Verkehrstage für das Publikum einzurichten. Die Frankfurter Kollegen dürften wohl einen nicht unerheblichen Vorteil aus der letzten Messe gezogen haben und darüber vielleicht selbst berichten.

Die von Ihrem Vorsitzenden zur Ostermesse angeregte Prüfungsgeld bei Aufnahmefragen in das Adreßbuch fand erfreulicherweise einstimmige Annahme in erweiterter Form. Hierdurch sind wir von zeitraubenden unnützen Anfragen befreit, und unsere Kasse hat Vorteil davon, was wir in Anbetracht der enormen Ausgaben für Reisen und Tagegelder sehr gut gebrauchen können.

Die gänzlich veränderten Verhältnisse werden daher auch in diesen Punkten eine Revision der Satzungen nötig machen, die ja ohnedies noch der Erledigung des Antrags Goldstein vom Frühjahr 1919 harren, wonach die Amtsdauer einzelner Vorstandsmitglieder zeitlich beschränkt werden sollte.

Ich komme hiermit zugleich auf unsere engeren Vereinsangelegenheiten, nachdem ich Ihnen die Hauptpunkte genannt habe, die im letzten Jahre uns alle beschäftigten: Die Mitgliederzahl betrug 144, und zwar 139 ordentliche, 3 außerordentliche und 2 Ehrenmitglieder. Neu hinzugekommen sind insgesamt 30 ordentliche Mitglieder; durch Tod verloren wir 2, durch Geschäftsverkauf 7, sodaß wir jetzt insgesamt 165 Mitglieder zählen können.

Über unsere Kassenverhältnisse wird beim folgenden Punkt der Tagesordnung ausführlich berichtet werden. Nur soviel auch an dieser Stelle, daß wir um eine nochmalige Beitragserhöhung nicht herumkommen werden, die wir besser schon im vorigen Jahre gleich gründlicher vorgenommen hätten.

An erfreulichen Ereignissen ist zu berichten: Die Firma Schott & Söhne in Mainz konnte auf ihr 150. Geschäftsjubiläum zurückblicken, wozu wir ihr unsere herzlichsten Wünsche übermitteln. Möge es der Firma weiterhin vergönnt sein, auch in Zukunft in altbewährter Weise deutsche Musik fördern zu helfen und ihre Werke durch gute Ausgaben der Allgemeinheit zu vermitteln!

Die Frankfurter Handelskammer trat mehrfach an uns heran. Sie wünscht durch jeweilige Übersendung von zwei Tarifverträgen auf dem laufenden gehalten zu werden. Sodann hat sie im Auftrage des Finanzamtes um Angabe von Sachverständigen für buchhändlerische Steuerfragen. Schließlich wurde ein Gutachten eingefordert und abgegeben über die Art der Bewertung von Bibliotheken, die durch feindliche Maßnahmen zerstört oder in Verlust geraten sind.

Über weitere Vorkommnisse konnte ich bereits in der Frühjahrs-Versammlung berichten.

Der Verband hatte ferner die Freude, die Vertreter der Kreis- und Ortsvereine zur diesjährigen Herbstversammlung in seinem Bezirk, und zwar in Marburg, zu sehen. Hierdurch war vielen die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar ein Bild von dem Gang der Verhandlungen zu machen und die führenden Persönlichkeiten des deutschen Buchhandels kennen zu lernen. Leider fehlte der Verlegerverein auch hier, wie bereits im Frühjahr in Leipzig. Ich habe die in Marburg zur Beratung stehenden Fragen bereits erwähnt.

Heute stehen wir nun vor Entscheidungen von großer Tragweite. Es gilt eine große Gefahr zu überwinden, die Gegensätze auszugleichen und zu mildern, statt sie weiter zu verschärfen. Möchte keiner sich dabei nur vom eigensten Interesse leiten lassen, wie es ja leider heute im Zuge der Zeit liegt. Es ist unser